1388 ENTRÉE 10. III. 15.

Le Chef
du
Département Politique
de la
Confédération Suisse

I. B.

Bern, d. 7. März 1915.

BAr 31

26a

Hochgeehrter Herr Minister!

Ich komme heute auf Ihre Zuschrift v. 17. v. Mts. zurück, soweit es sich mit der Frage befasst, ob die Schweiz im gegebenen Zeitpunkt ihre Neutralität zurückstellen solle, um beim Friedensschluss territoriale oder militärische Vorteile zu erwerben. Meine bestimmte Ansicht geht dahin, dass sich die Schweiz mit Rücksicht auf solche zu erhoffende Vorteile nicht verpflichten lassen darf, ihre seitherige Haltung aufzugeben. Ich weiss, dass im Inland u. im Ausland gegenteilige Äusserungen vorhanden sind. Für die Schweiz gibt es, wie überall Grundsätze u. Regeln, die einen gewissen Rig ins Gleichgewichtsmässige haben, und so kann auch die Neutralität, wie gerade die Kriegsereignisse die militärische Abhängigkeit unseres Nachbarlandes in ein grelles Licht gesetzt haben u. die es genau politisch u. damit auch militärisch käuflicher haben würden, um ihre eine wirksame Unabhängigkeit zu haben. Den Grundsätzen muss man mit aller Ruhe entgegenarbeiten, der nächsten Schweizerpflicht hat nichts mit Neutralitätsbruch zu tun. Aber auch die andern sind nicht gefährliche Räte; sie übersehätzen die Bedeutung einer territorialen Vergrösserung, die für uns bösen Falls nur recht unbequem sein würde und sie unterschätzen die Opfer, die mit einer auf Machtvermehrung gerichteten Politik verbunden wären.

Im Ausland hat man vielfach Andeutungen gemacht, man könnte wohl der Schweiz beim Friedensschluss gewisse Gebiete zuweisen; so hat man auf der einen Seite von Montenegro, oder wohl gar Lyssa u. Montenegro, von einem Teil des Elsasses, auf der andern Seite von Tirol gegen u. dem Lago di Garda gesprochen, dass unter einer bestimmten Voraussetzung auf eine südliche Grenzberichtigung überall gerechnet könnte, ist bekannt. Alle das sind für mich gefährliche Versuchungen! Selbst dann, wäre nicht einmal eine Garantie der neutralen Existenz verbunden wäre u. man uns, zum Zwecke der Verteidigung oder Besetzung irgend eines unserer Nachbarstaaten, solches Gebiet anbieten würde, hätte ich Bedenken, auf den Vorschlag einzutreten. Wenn sich es

erlebt, was es heißt, eine fremde Bevölkerung sich zu assimilieren u. wir wollen nicht vergessen, daß kein Staatswesen weniger assimilationsfähig ist, als ein Föderativstaat u. noch dazu ein Föderativstaat, der verschiedene Nationalitäten umfaßt. Ich bin auch überzeugt, daß wir uns innerpolitisch über die Angliederung eines solchen uns angebotenen Landesteiles gar nicht einigen könnten u. daß, wenn sie doch beschlossen würde, ein gefährlicher Zankapfel vorläge. Keine der drei Nationalitäten würde eine Verschiebung des jetzigen Gleichgewichtszustandes zugeben wollen, von den Parteiverschiebungen im engern Sinne ganz zu schweigen. Vollends verhängnisvoll wäre die Tendenz auf Gebietsvermehrung, wenn damit ein Aufgeben der Neutralitätspolitik verbunden wäre; mit Rücksicht auf die innere Politik, weil von einem einheitlichen nationalen Willen keine Rede wäre u. uns eine solche politische Haltung innerlich auseinanderjagen würde, mit Rücksicht auf unsere Stellung nach außen, weil wir geradezu um unsere staatliche Existenz kämpfen würden u. sie aufs schärfste bedroht erschiene. Nach beiden Richtungen ist der Preis einer Gebiets- und Machtvermehrung das damit verbundene Risiko nicht wert.

Das ist ja nun freilich recht nüchterne, zurückhaltende Politik; viele werden sie kleinmütig nennen; sie entspricht aber nach meiner innersten Überzeugung einzig unseren Traditionen, unserer politischen Zusammensetzung, unserer Volkskraft u. unserer Mission, die ich in etwas ganz anderem erblicke, als in der Rolle eines Zwischengebildes zwischen Klein- u. Mittelstaat, der seine Hauptkräfte in der Assimilierung u. Verteidigung von Fremdkörpern vergeuden müßte.

Ich freue mich, daß Sie auf dem gleichen Boden stehen: nichts ist gefährlicher, als die Megalomanie!

Mit hochachtungsvollen Grüßen!

Ihr

Hoffmann

L.R.